Antrag öffentlich	Datum 02.02.2023	Nummer A0016/23

Absender **Fraktion GRÜNE/future!**	
Adressat Vorsitzender des Stadtrates Prof. Dr. Alexander Pott	
Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	16.02.2023

Kurztitel Kommunale Initiative Lebenswerte Städte

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, im Namen der Landeshauptstadt Magdeburg der kommunalen Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ beizutreten und so gegenüber der Bundesregierung zu fordern, dass die Kommunen selbst darüber entscheiden dürfen, wann und wo welche Geschwindigkeiten angeordnet werden.

Um sofortige Abstimmung wird gebeten.

Begründung:

Das Thema Tempo 30 in Städten und Gemeinden wird kontrovers diskutiert, treffen doch auf engem Raum unterschiedliche Interessen und Gegebenheiten aufeinander. Auf der einen Seite sollen die allgemeine Lebensqualität und Verkehrssicherheit so hoch wie möglich sein, auf der anderen Seite soll die Mobilität von Bevölkerung und Wirtschaft nicht behindert werden.

Dieser Diskussion müssen und wollen wir uns stellen, aber auch eine Entscheidung treffen. Mit diesem Antrag sprechen wir uns insbesondere für den innerstädtischen Bereich für Lebensqualität und Verkehrssicherheit – ganz im Leitbild der der Vision Zero, welche sich das Land Sachsen-Anhalt gegeben hat - aus.

Geringere Geschwindigkeiten machen den Kfz-Verkehr stadtverträglicher. Lärm- und Luftschadstoffbelastungen nehmen ab, die Barrierewirkung der Straßen wird deutlich reduziert. So werden die Innenstädte als Wohnstandorte wieder attraktiver und die Aufenthaltsqualität steigt.

Eine Verringerung der Kfz Geschwindigkeit verbessert die Verkehrssicherheit, die Aufenthaltsqualität im Straßenraum und steigert damit den Rad- und Fußverkehr. Somit ergänzt der Antrag unser Bemühen, den Rad und Fußverkehr attraktiver zu gestalten. Auch der ÖPNV profitiert von der Reduzierung, da damit der Geschwindigkeitsvorteil des ÖPNV gegenüber dem MIV steigt.

Mit geringen Geschwindigkeiten können die Entwurfsbreiten der Fahrbahnen verringert werden. Dies schafft Platz für andere Funktionen. Radfahrer*innen und Fußgänger*innen reagieren sensibel auf die Umfeldqualität. Durch mehr Menschen, die Rad fahren und zu Fuß gehen, steigt die urbane Lebensqualität.

Leider verhindert die restriktive Rechtslage die Einführung einer grundsätzlichen Geschwindigkeitsbegrenzung. Wir hoffen sehr, dass die Landesregierung dem Antrag der Verwaltung zustimmt, einen Modellversuch Tempo 30 in dem von uns beschriebenen Bereich umzusetzen. Ein niedrigeres Regeltempo hätte, wie oben beschrieben, viele Vorteile gegenüber der jetzigen Situation. Eine innerörtliche Regelgeschwindigkeit 30 km/h würde die Geschwindigkeitsvorgaben vereinheitlichen und viele Schilder überflüssig machen.

In der Initiative engagieren sich bereits 423 Städte, Gemeinden und Landkreise für mehr Entscheidungsfreiheit bei der Anordnung von Tempolimits. Mehr Informationen zur Initiative gibt es unter http://lebenswerte-staedte.de/.

Aus Sachsen-Anhalt sind u. A. dabei: Stadt und Landkreis Stendal, Halle (Saale), Salzatal, Köthen, Dessau-Roßlau, Coswig und Lutherstadt-Wittenberg.

Kathrin Natho	Olaf Meister	Madeleine Linke
Fraktionsvorsitzende	Fraktionsvorsitzender	Verkehrspolitische Sprecherin

Anlage: Diese Kommunen wollen Tempo 30